



Pressemitteilung

Kiel, 26.2.2024

OFFENER BRIEF an Landesvorstand und Mitglieder der CDU Schleswig-Holstein Zum Entwurf eines neuen CDU-Grundsatzprogramms Flüchtlingsrat SH fordert die Partei auf, das Asylrecht vorbehaltlos zu verteidigen

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender Günther
und Mitglieder der CDU Schleswig-Holstein,

Am 28. Februar stellt der CDU-Bundesvorstand seinen Entwurf für ein neues
Grundsatzprogramm¹ seinen Parteimitgliedern aus den norddeutschen Bundesländern auf
einer Regionalkonferenz in Hannover zur Diskussion.

Im aktuellen Grundsatzprogramm der CDU aus 2007 heißt es u.a., dass

*„die Bundesrepublik Deutschland zahlreichen Menschen aus humanitären Gründen
Zuflucht [gewährt], wie es der aus unserem christlich geprägten Menschenbild
entspringenden Verantwortung entspricht.“²*

Mit dem neuen Programmentwurf schickt sich die CDU jetzt allerdings an, einen Tabubruch
zu begehen: Erstmals seit Verabschiedung des Grundgesetzes stellt sie das Grundrecht auf
Asyl grundsätzlich in Frage. Wörtlich heißt es in dem Programmentwurf:

*„Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden
und dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der
sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren.“*

**Hiermit wenden wir uns mit dem Appell an die schleswig-holsteinische CDU, das
territoriale Asylrecht zu verteidigen und Initiativen zu ergreifen, damit der
Grundsatzprogramm-Entwurf nicht in der vorliegenden Form verabschiedet wird!**

Seit Wochen gehen Millionen von Menschen überall in Deutschland bei allen Unterschieden
gemeinsam auf die Straßen, um gegen Rechtsextremismus und Faschismus zu protestieren.
Das sind ermutigende Zeichen aus der Zivilgesellschaft, die sich klar gegen die rassistischen
Vertreibungs- und Deportationsphantasien von Rechtsextremen richten und eine große
Solidarität mit den angegriffenen Menschen zum Ausdruck bringen.

Die CDU hat sich klar gegen die Rechtsextremen und ihre rassistischen und antisemitischen
Fantasien ausgesprochen und bezieht auch in ihrem Entwurf des Grundsatzprogrammes
deutlich Stellung. Sie bekennt sich darin klar zur Achtung der Würde des einzelnen

¹ <https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/entwurf>

² https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1918

Menschen und zu den Grund- und Menschenrechten sowie zu unserem Rechtsstaat (S. 2). Weiter heißt es in dem Grundsatzprogramm:

„Wir setzen uns für eine effektive und nicht nur symbolische Verteidigung der Menschenrechte ein. Wir machen uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen (...) stark.“ (S. 25).

Die Geltung der Menschenrechte für alle Menschen ist gerade in der heutigen Zeit von großer Bedeutung, wo von demokratiefeindlichen Interessengruppen und Teilen der Öffentlichkeit grundlegende Rechte infrage gestellt werden. Deutschland hat schon aus historischen Gründen eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Menschenverachtung. Daher sind wir bestürzt, dass die CDU in ihrem Programmentwurf an anderer Stelle einen *„grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts“* fordert und wie oben zitiert das Asylrecht in Europa faktisch abschaffen will.

Mit einer solchen Position würde die CDU einen fundamentalen Kurswechsel vornehmen: Menschen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen, könnten gegebenenfalls in Deutschland und in Europa keinen Schutz mehr bekommen.

Seit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Grundgesetzes vor 75 Jahren ist das Grundrecht auf Asyl noch nie so grundsätzlich in Frage gestellt worden, wie im aktuellen Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms. Wir erinnern exemplarisch an die Worte des Alt-Bundeskanzlers Helmut Kohl, der vor dem CDU-Bundesvorstand am 30. August 1991 erklärte:

„Es gehört zu den Erfahrungen aus deutscher Geschichte, nicht zuletzt der Christlich Demokratischen Union, dass das Asylrecht heilig sein soll für jeden, der aus religiösen, politischen und sonstigen Gründen wirklich verfolgt wird. Wer in Gefahr für Leib und Leben ist, muss hier Zuflucht finden können.“³

Millionen von Menschen wurden während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, gequält und ermordet. Hunderttausende hätten gerettet werden können, wenn es in den Nachbar- und Überseeländern eine organisierte Rettungspolitik für die Verfolgten des Naziregimes gegeben hätte. Bekanntlich schlossen die meisten Länder jedoch ihre Grenzen bis auf einen spaltbreit, wiesen Flüchtlinge ab und überließen die Verfolgten ihren Häschern. In der Konsequenz wurde nach dem Ende des Faschismus die Anerkennung eines Anspruchs auf einen Schutz für Verfolgte und Schutzbedürftige in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, in völkerrechtlichen Verträgen wie der Genfer Flüchtlingskonvention oder der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie im Grundgesetz verankert.

Wir appellieren an die CDU und alle ihre Mitglieder, diese Lehren aus der deutschen Geschichte nicht einfach über Bord zu werfen und an einer werteorientierten Politik festzuhalten, zu der notwendigerweise auch das Bekenntnis zum Asylrecht gehört. Dies erfordert – auch sprachlich – eine klare inhaltliche Grenzziehung gegenüber rechtsextremistischen Parteien: Wenn z.B. Jens Spahn als Mitglied der CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages öffentlich erklärt, er wolle Schutzsuchende an den Grenzen „notfalls mit physischer Gewalt“ aufhalten, erinnert dies an die – 2016 auch von der CDU heftig kritisierten – Aussagen der AFD-Politikerinnen Petry und von Storch, an der Grenze „notfalls“ auf Flüchtlinge zu schießen.

Inzwischen ist in der öffentlichen Diskussion statt von Schutzsuchenden fast nur noch von „irregulärer Migration“ die Rede. Doch eine Flucht bedeutet, den Ausweg in der Not zu suchen – oft ohne Dokumente und fast immer ohne Visum. Sie kann nicht regulär stattfinden. Wenn in dieser Weise den Schutzsuchenden ihr Entkommen vorgeworfen wird, zeigt dies, wie erfolgreich die AFD bereits jetzt die öffentliche Debatte bestimmt.

³ <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/cdu-csu-fdp-und-spd-einigen-sich-auf-eine-neuregelung-des-asylrechts-1>

EKD und Katholische Bischofskonferenz formulieren in ihrer gemeinsamen Erklärung zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems:

"Ebenso kritisch sehen wir daher die Versuche, den Flüchtlingsschutz in sogenannte sichere Drittstaaten außerhalb der EU auslagern zu wollen. Jede Person, die in einem EU-Land Schutz erbittet, hat Anspruch auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren. Gerade für Politikerinnen und Politiker, die sich am christlichen Menschenbild orientieren und die sich den Begriff der Humanität auf die Fahnen schreiben, sollte das Eintreten für den Flüchtlingsschutz ein Herzensanliegen sein.

Der Platz von Christinnen und Christen ist an der Seite der Schutzsuchenden. Sich der Verantwortung zu entledigen ist für uns keine Option."⁴

Am 22. Februar legte die Deutsche Bischofskonferenz in einer Stellungnahme zu Rechtsextremismus und AfD nach:

„Politisch, religiös oder rassistisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge müssen in unserem Land auch weiterhin Aufnahme finden. Der Begriff des Gemeinwohls hat für die Kirche stets einen universalen Horizont. Daher treten wir für multilaterale Zusammenarbeit und Solidarität ein - auf Ebene der Europäischen Union ebenso wie weltweit.“⁵

Der Bundesrat hat mit den Stimmen der CDU in seiner 1041. Sitzung am 2. Februar 2024 eine Entschließung⁶ gefasst, in der es heißt:

Mehr denn je bedarf es jetzt eines entschlossenen Eintretens für die Verfassung, den liberalen Rechtsstaat und die Würde jedes einzelnen Menschen. Einen ersten Schritt dafür haben all jene Menschen getan, die in den letzten Tagen bundesweit auf die Straßen gegangen sind. (...)

Die CDU ist herausgefordert, diese Bekenntnisse besonders wertzuschätzen und gerade angesichts des Erstarkens von Hass und Hetze in Teilen der Gesellschaft die Grund- und Menschenrechte einschließlich des Asylrechts vorbehaltlos zu verteidigen. Zu den Lehren aus dem Nationalsozialismus gehört auch der Schutz von Verfolgten. Sie sollten nie wieder vor verschlossenen Grenzen stehen. Schon gar nicht vor unseren.

Pressekontakt: Martin Link, Flüchtlingsrat SH, T. 0431-5568 5640, public@frsh.de

⁴ <https://www.ekd.de/gemeinsame-erklaerung-zur-reform-des-asylrechts-82109.html>

⁵ <https://www.domradio.de/glossar/voelkischer-nationalismus-und-christentum-sind-laut-bischofskonferenz-unvereinbar>

⁶ [https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2024/0001-0100/21-24\(B\).pdf?__blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2024/0001-0100/21-24(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1)